

**Rede von Herrn Dr. Oesingmann für die Lesmüller Stiftung am  
13.07.2005**

SPERRFRIST 13. Juli 2005 – 18.30 Uhr

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Einladung und Ankündigung zu dieser Veranstaltung unter dem Thema „Verdrängt die Ökonomisierung die Freien Berufe?“ nennt auch gleich Stichpunkte, hinter denen man je nach Betroffenheit verschiedene Gruppen, Gruppierungen, Massen oder Minderheiten, Teile oder gleich die ganze Abschaffung, den Verlust des Freien Berufs subsumieren kann.

Ganz apokalyptisch wird die Beschreibung der Einladung dann, wenn sie sagt, dass Freie Berufe Werte und keine Waren schaffen und, dass ich hier und heute berufen bin über die Folgen für Staat und Gesellschaft, wenn die soziale Funktion der Freien Berufe ignoriert wird oder die Freien Berufe in ihrem Bestand gefährdet werden, kompetent Auskunft zu geben.

857 Tausend selbstständige Freiberufler soll es in Deutschland des Jahres 2005 zum Jahresbeginn gegeben haben. Wiederum rund 5 % mehr als im Jahre 2004 und auch im Vergleich zum Jahr 2003 gab es eine entsprechende Steigerung.

Von 1970 bis heute nahezu eine Verfünffachung der Zahl der selbstständigen Freiberufler und auch die Zahl derer, die einen Freien Beruf in Anstellung ausüben, ging steil nach oben.

Dazu ist die Tatsache erwähnenswert, dass auch neue Freie Berufe in Deutschland entstehen, wie der des Informatikers, wie der des Berufsbetreuers, der des Restaurators und mit der des Umweltgutachters, um die markanten Beispiele der letzten Jahre zu nennen. Daneben treten

Veränderungen in den einzelnen Berufen und Berufsbildern sowie deren Tätigkeiten.

Auch Aufstufungen und Weiterentwicklungen, Unterteilungen sind bekannt.

Insgesamt 3 ½ Millionen Menschen sind als Selbstständige, Festangestellte, Auszubildende oder mitarbeitende Familienangehörige in diesen Freien Berufen um Sicherung ihres Lebensunterhaltes und Auskommens bemüht. Dabei schaffen sie immerhin zwischen acht und neun Prozent der Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik Deutschland, genannt Bruttoinlandsprodukt.

Wie kommt angesichts einer solchen Erfolgsstory eine so tradierte und seriöse Stiftung, wie die Lesmüller Stiftung, in Gemeinschaft mit dem Verband der Freien Berufe in Bayern, auch nur auf die Idee, der Freie Beruf sei gefährdet und durch was?

Dazu die Frage zu stellen, der Freie Beruf sei dabei, seine gesellschaftliche Anerkennung zu verlieren, durch eigenes Verhalten oder Einfluss durch Außen?

Zu fragen, der Freie Beruf werde in seinen inneren Werten bedroht, von Innen oder Außen?

Zu fragen, der Freie Beruf werde im Streben nach kostengünstigen Leistungen auf dem Altar der Rationalisierung geopfert?

Sich zu sorgen, der Freie Beruf werde seinen wichtigsten Inhalt, den komparativen Wissensvorsprung, durch Schmalspurausbildung und einem Mangel an Weiterbildung einbüßen?

Zu überlegen: Der Freie Beruf werde seine äußeren Rahmen verlieren und durch Abschaffung von Honorar- und Gebührenordnung sowie Berufsordnungen aufgelöst?

Zu fragen: Der Freie Beruf werde durch Konkurrenz aus dem gewerblichen Bereich überflügelt und abgelöst?

Alles Fragen, die die Lesmüller Stiftung in ihrer Einleitung und Einladung formuliert hat, alles Fragen, auf die Sie von mir eine Antwort erwartet. Ich will versuchen mein Bestes zu geben.

Eine Zustandsbeschreibung in Zahlen habe ich schon gegeben.

Wie ist aber der innere Zustand der Freien Berufe? Dieser ist in der klassischen Teilung der Freien Berufe, Vier-Säulen-Modell genannt, betrachtet, nach Berufsgruppen verschieden, aber in der Tendenz doch weitgehend einheitlich. Die Binnensicht in allen vier Gruppen gleichen einander.

Beginnen wir mit den Heilberufen.

Durch ein starkes Element sozialer Sicherung, der sozialen Krankenversicherung, Pflichtversicherung für nahezu 90 % unserer Patientinnen und Patienten, hat der Staat als Träger der Versicherungspflicht ein hohes Maß an Einfluss auf die Leistungserbringer genommen und durch Vertragsbindungen auch erhalten.

Die Diskussionen um Fallpauschalen, um Handlungsvorschriften, um Medikamentierungsvorschriften, um Auskunftspflichten, um Fortbildungspflichten, um Dokumentations-, Bürokratie- und Meldepflichten, um die Übermittlung von Daten, sprechen eine deutliche Sprache.

Der Arzt als Lotse des Mangels, der im Krankenhaus dem Wirtschaftsdirektor in kaufmännischen Zwängen unterworfen wird, der frei Praktizierende, der von seiner eigenen Selbstverwaltung gelegentlich, von den Krankenkassen immer häufiger in der Auswahl der Methoden, in der Auswahl der Behandlungsschritte, in der Auswahl der Medikamente versuchsweise gebunden wird und trotzdem die volle Verantwortung gegenüber dem Patienten und das wirtschaftliche Risiko für sein Tun

tragen darf. Dem Apotheker treffen diese Aktivitäten ebenfalls und er wird in seiner Berufsausübung erheblich eingeschränkt. Schlagworte hierzu sind Kettenapotheken und Internetapotheken.

Alles immer vor dem Hintergrund, dass der Patient dem Freiberufler persönlich traut, weniger aber dem System.

Die Zahnärzte, die auf der einen Seite vom gesetzlichen Krankenversicherungssystem zu höchster Qualität getrieben worden sind, werden auf der anderen Seite als Kostentreiber diffamiert werden. Daneben haben die Kassen mit den Zahnlabors hohe Abschlüsse getätigt, die optisch den Zahnärzten zu Lasten gebracht werden. Als Krönung tauchen jetzt im Internet Börsen zur Versteigerung von zahnärztlichen Leistungen, die durch Patienten bestückt werden, auf. In diesen werden von Patienten, die schon einen Heil- und Kostenplan in den Händen halten, die Leistungserbringungen sozusagen versteigert. Bieter sind Zahnmediziner – auch aus Deutschland – die sich so zusätzliche Umsätze erhoffen. Dies immer in der Erwartung, dass der „Ausschreibungsumfang“ vom Erstbehandler richtig erfasst worden ist. Auch die Masche sich der Basis eines solchen Kostenvoranschlages – dem Vernehmen nach sogar auf Anraten von Sachbearbeitern der gesetzlichen Krankenkassen zu bedienen, um sich ins Billigausland zur Behandlung zu begeben, passt da ins Bild. Nach Rückkehr sollen sich solche Patienten sogar schon in hiesige Praxen begeben und um Leistungsüberprüfung gebeten haben. Eine echte Belastung für das gegenseitige Vertrauen.

Die Gesundheitsleistungserbringer im Übrigen, die Assistenzberufe, leiden unter der Sparsamkeit der verordnenden Ärztinnen und Ärzte, die wiederum sich von den Krankenkassen geplagt fühlen. Die privaten Krankenkassen erstreben ein vergleichbares System, um eine

angeblichen Mengenausdehnung aus „Profitinteresse“ der Leistungserbringer zu entgehen.

Bei den rechts- und wirtschaftsberatenden Berufen stehen Angriffe durch den sogenannten Lauschangriff, die Meldepflichten wegen des Verdachts der Geldwäsche, der Streit um Fortbildungszwang und/oder Transparenz der Fortbildung, das Rechtsdienstegesetz, dass auch Anderen die Beratung als Nebenleistung ermöglichen soll, neben einer Flut von Berufszugängern und einer teilweise beklagten Verwahrlosung von Sitten des Umgangs untereinander. Es besteht das Bestreben, immer größere Einheiten, auch durch kapitalgesellschaftliche Ausübungsformen der beratenden Berufe zu bilden, als Belastungen auf der Tagesordnung, die gegen den Freien Beruf wirken. Im Fokus auch hier die Debatte um die Aufgabe des Kerns des Wissensvorsprungs und der Standardisierung und damit einer Vergewerblichung.

Die technischen Freien Berufe werden insgesamt durch Auftragsverknappung, das Vordringen gewerblicher Generalübernehmer und Investoren sowie durch eine Diskussion über ihre Gebührenordnung und eine Reform des Auftragsvergaberechtes bedroht. Alles Maßnahmen, die Ihnen Ihre kreative Individualität bei der Leistungserbringung nehmen und Standardisierung, Beschwerbarkeit von Leistungen und Preiswettbewerb ermöglichen sollen.

Bei den Künstlern, den Urheberberufen, haben das Spardiktat – in Verwertergesellschaften im Speziellen – genauso Druck erzeugt wie die wirtschaftliche Gesamtsituation. Weshalb einige Künstler sich zweite Maßproduktionsschienen, zum Teil unter Pseudonymen, zugelegt

haben, um den Markt zu bedienen. Die schöpferische, kreative Tiefe bleibt daher auf der Strecke.

Vorschriften über Sozialunterstützung, die zwar keine Abhilfe der grundsätzlichen Probleme bewirken, aber lähmen, wirken ebenso wie eine Aushöhlung der Altersversorgung in Form der Künstlersozialkasse. Auch hier bekommt der Status des Freiberuflers einen zu hinterfragenden Charakter.

Alle Freien Berufen fühlen sich durch die latente Diskussion um ihren steuerlichen Status, um Neid und Besserverdienertum, um ihre Zugehörigkeit zur geistigen Elite, um Transparentmachung von Qualifikation und Qualität, um Grundlage und Höhe staatlich verordnete Honorare und um Wettbewerbsrechtsbeständigkeit der Berufsrechtsvorschriften sowie die Behandlung all dieser Themen auf europäischer Ebene belastet.

Warum, meine sehr verehrten Damen und Herren,  
schaffen dann eigentlich unsere Kritiker den Freien Beruf nicht einfach ab?

Ein entsprechendes Artikelgesetz, das mit dem Einkommenssteuerrecht beginnen müsste, über Partnerschaftsgesellschaft zu den Einzelrechtsvorschriften in den Berufsordnungen, die den Freien Beruf statuieren als besonderes Ausübungserfordernis, wäre handwerkliche Voraussetzung. Entsprechendes Marketing vorausgesetzt, würde man sogar bei einigen Freien Berufen, sicherlich in weiten Kreisen der Gesellschaft für ein solches Gesetz eine Mehrheit finden. Warum also nicht, das ist die zentrale Frage dieser Veranstaltung.

Warum also nicht, Preiswettbewerb, Gewerbeaufsicht, unbeschränkte Werbung?

Viele Gesellschaften in Asien, auch in China, kennen den Status des Freien Berufs nicht und sind trotzdem prosperierende Wirtschaftsnationen.

Sind sie auch freie Gesellschaften? Sind uns die Freiheiten, die wir zu einer freien Gesellschaft aufaddieren den Aufwand, die Unbequemlichkeit, die die Freiheit verursacht, wert?

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Angehörige Freier Berufe erbringen auf Grund besonderer beruflicher Qualifikation persönlich, eigenverantwortlich und fachlich unabhängig geistig-ideelle Leistungen im gemeinsamen Interesse ihrer Auftraggeber und der Allgemeinheit. Ihre Berufsausübung unterliegt in der Regel spezifischen berufsrechtlichen Bindungen nach Maßgabe der staatlichen Gesetzgebung oder des von der jeweiligen Berufsvertretung autonom gesetzten Rechts, welches die Professionalität, Qualität und das zum Auftraggeber bestehende Vertrauensverhältnis gewährleistet und fortentwickelt.“

Diese Definition, die einer langen und schwierigen Diskussion und umfangreicher Arbeit im Bundesverband entsprungen ist, 1995 von der Mitgliederversammlung zur offiziellen Verbandsmeinung und sozusagen zum Postulat des Freien Berufs erkoren worden ist, findet sich in Gesetzen, namentlich dem Partnerschaftsgesellschaftsgesetz auf nationaler Ebene, in zahlreichen Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes, in Entschließungsanträgen des Europäischen Parla-

ments und zuletzt in den Erwägungsgründen zur Diplomanerkennungsrichtlinie der Europäischen Union, wieder, nachdem ihre Elemente schon in Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und vielen Beiträgen der rechtlichen Literaten in diesem Lande aufgetaucht sind.

Meine Damen und Herren, ginge ein Aufschrei durch die Bevölkerung, wenn alle zahnärztlichen Leistungen versteigert würden? Wenn der Bundestag den Lauschangriff ausweitete? Wenn in Europa ein Wettbewerbskommissar nicht nur bekundete, die Freien Berufe in Sonderheit in Deutschland betrieben wettbewerbsschädliche Marktabschottung über Berufsrechte und Preisregeln und deshalb werden diese abgeschafft? Wenn Freiberufler öffentlich erklärten, ihren Auftrag baukulturelle Verantwortung oder zur steuerlichen Gerechtigkeit beitragen zu sollen, nicht mehr wahrnehmen zu können? Viele von Ihnen und auch ich sind unsicher bei der Antwort. Für ein unverhohlenes „Ja“ ist schon viel Hoffnung und Optimismus nötig. Vielen von uns fällt es schwer so viel aufzubringen. Für ein „Nein“ fehlt mir die Hoffnungslosigkeit. Es würde bedeuten, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger ihre Freiheitsrechte, sich z. B. von einem Anwalt auch gegen den Staat vertreten zu lassen, die freie Arztwahl auszuüben, auch steuerlich Bedenkliches dem Berater mit Aussicht auf Hilfe anvertrauen zu können, nicht mehr als Vorteil oder ihr Recht bewusst wären. Meine subjektiven Eindrücke geben mehr Hoffnung. Deshalb ein systematischer Antwortversuch.

Hier sind zwei Betrachtungsebenen zu unterscheiden.

Zum einen die Binnensicht des Freien Berufs und zum anderen die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung.

Lassen Sie mich mit der Binnensicht der Freien Berufe beginnen.

1956 spricht Deneke in seinem einschlägigen Werk über das Wesen des Freien Berufs, von den sogenannten „unfundierte[n] Freien Berufen“, was auch ein Hinweis darauf war, dass es sich bei den Freien Berufen



um eine in ihrer Einkunftsstruktur wenig herausragende Gruppierung handelte, von einzelnen Exemplaren besonderer Qualifikation, besonderer gesellschaftlicher Hervorhebung abgesehen. Im Bundestagswahlkampf 1994 hat der damalige Generalsekretär der FDP Werner Heuer die Debatte um Eliten in seiner Partei mit dem Begriff des „Besserverdieners“ gekrönt und dann namentlich die Freien Berufe erwähnt, um die man sich kümmern wollte.

Die Debatte um Durchschnittseinkommen bei den Freien Berufen will ich hier nicht wieder aufleben lassen, nur so viel als Feststellung:

Die Einkommen haben sich in den letzten 10 Jahren nahezu im Schnitt halbiert.

Dass dabei die Zahl der Freiberufler, die schneller gewachsen ist als der Markt, aber auch Attentismus bei Gebührenordnungen, bei gleichzeitiger Lohnsteigerung für unsere Mitarbeiter und Kostensteigerung im Übrigen sich auswirken, soll nur am Rande erwähnt werden.

Fest steht, aus selbstständiger Tätigkeit im Freien Beruf war über lange Zeit ein überdurchschnittliches Einkommen durch überdurchschnittliche Leistung und Einsatz zu erzielen. Überdurchschnittlicher Einsatz, überdurchschnittliche Leistung, sind uns geblieben, die Einkommen nicht.

Die Debatten um Gesundheitsreformen, auch die Debatten um Neuerungen aus dem Rechtsberatungssektor oder Steuerberatungssektor, sind jeweils in apokalyptischem Sprachgebrauch von den Interessenvertretungen und -vertretern der Freien Berufe geführt und im Feld grundsätzlicher Bedrohung angesiedelt worden.

Wer der Ärzteschaft, der Anwaltschaft, der Zahnärzteschaft, gewisse Honorierungsstrukturen nicht zubilligen wollte, wurde von uns verdäch-

tigt, die Hand an die Grundfesten des Freien Berufs zu legen. Wer bestimmte Steigerungsquoten oder besondere steuerliche Vorteile in Frage stellte, nicht automatisch und freundlich gewähren wollte, wurde auch von uns verdächtigt, die freiheitlich demokratische Grundordnung abschaffen zu wollen. Von solchen Verbalradikalismen nehme ich den Bundesverband der Freien Berufe ausdrücklich nicht aus, zuletzt in der Debatte um die Gewerbesteuer.

Für diese Radikalismen gilt der gleiche Satz oder das gleiche Bild, das schon den Kindern am Feuerwehrtich des Dorfes entgegengehalten wurde, wenn sie Hilfe riefen aus Scherz, um die Erwachsenen zu erschrecken und dann schließlich keiner mehr herkommen und helfen wollte, als tatsächlich ein hoffnungsfroher Nachwuchs in den Teich gefallen war und als Nichtschwimmer ertrank. Insoweit also ein auch hausgemachtes Problem, das uns durch Verbalradikalismen zur Unzeit von der wahren Lage, aber auch von der Notwendigkeit der Darstellung der Lage, weggeführt hat. Wir haben also selbst den Verdacht genährt, vielleicht sogar begründet, es ginge uns ausschließlich um die Begründung unserer Honorarforderungen, wenn wir von fundamentalen Werten in diesem Zusammenhang gesprochen haben. Eine echte Glaubwürdigkeitskrise.

Zum zweiten hausinternen Problemteil dieser Frage:

Dem Selbstverständnis der Berufsangehörigen als Freiberufler.

Wie oft habe ich als Arzt Kolleginnen und Kollegen klagen hören, dass sie durch die vertragsärztlichen Bindungen ihren Freiberuflerstatus verloren hätten. Wie oft habe ich Architektinnen und Architekten und Ingenieure klagen hören, dass sie durch die fehlende Anpassung der HOAI ihren Freiberuflerstatus schon verloren hätten. Wie oft aber habe ich es auch erlebt, dass genau diese Gruppen unter Voranstellung ihrer

vorangegangenen steuerlichen Überlegungen in die Kapitalgesellschaft strebten und nur durch berufsrechtliche Regelungen, wenn überhaupt, davon abgehalten werden konnten. Es waren schließlich Anwältinnen und Anwälte, die die Kapitalgesellschaft mit beschränkter Haftung für den Freien Beruf, dessen Credo die persönliche Bindung und Verantwortung sein soll, hier in München vor Gericht erstritten haben. Gleiches soll inzwischen für die kleine Aktiengesellschaft im Gang sein.

Der Feind des klassischen Verständnisses des Freien Berufs ist also zu einem erheblichen Teil der Freiberufler selbst, der einer Reduzierung seines Wirkens und seiner Bedeutung auf Materialismus selbst Vorschub geleistet hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

zur zweiten Generallinie, die ich ansprechen wollte, der gesellschaftlichen Entwicklung.

Wir stehen im Zeitalter einer unglaublichen Materialisierung von Denken und Handeln, das auch in allen Beurteilungsgängen gesellschaftlicher Art eine Rolle spielt.

Menschen werden auf Ihre monatliche Einnahme reduziert. Der viel Verdienende ist in der USA zum allgemeinen Wertmaßstab erhoben worden. Dabei spielt es für Ansehen und gesellschaftliche Akzeptanz oft nur noch eine geringe Rolle, wie und auf welchem Wege die Einnahme erzielt worden ist.

Der Staat geht da mit seinen Besteuerungsregeln voran. Es stimmt bedenklich, wenn Korruption und Untreue vor allem deshalb strafwürdig sind, weil die daraus erzielten Einnahmen nicht versteuert worden sind.

Meine Damen und Herren,

die freiheitlich-demokratische Grundordnung wird von vielen heute nur noch als die Freiheit des Wirtschaftens, die Freiheit sich so viel zu

nehmen, wie man schleppen und konsumieren kann, begriffen. Die Freiheit als solche wird von vielen Menschen nicht mehr als Wert empfunden, sei es die Freiheit, sich zu bewegen und die Freiheit, sich zu entscheiden oder auch die Freiheit, das zu sagen, was man denkt.

Freiheit ist selbstverständlich und für viele beliebig geworden.

Nur exotische Publikationen, wie z. B. die Zeitschrift „Brand eins“ beschäftigen sich (wie im Januar des Jahres 2005 geschehen) noch mit solchen schon als esoterisch empfundenen Begriff-Diskussionen. Starke Bedürfnisse nach Orientierung in der Gesellschaft sind vorhanden, werden spürbar auch wenn sie weitgehend unbefriedigt bleiben.

Die Globalisierung ist ein weiterer Punkt der zur falsch verstandenen, besser: der ökonomisierten Betrachtung unserer Gesellschaft Anlass bietet. Von vielen allerdings wird sie auch nur als Alibi für das was sie schon immer machen wollten, missbraucht.

Ich sträube mich dagegen, in diesem Zusammenhang unter Ökonomisierung nur das Prinzip des kleinen Preises, der Ertragsmaximierung und damit des Feilschens zu verstehen – wenn Sie diese Abschweifung gestalten! Zur Ökonomisierung muss man auch den Begriff der Nachhaltigkeit als ein Rechnungselement hinzusetzen, um zum wirklichen Preis einer Ware und einer Dienstleistung zu kommen.

An dieser Stelle möchte ich auf die Aussage „Freie Berufe schaffen keine Waren, sondern Werte“ kurz eingehen.

Ware und Werte gegeneinander zu stellen halte ich für gefährlich.

Natürlich erbringen die Freien Berufe Dienste höherer Art, die aber auch gelegentlich von der Gesellschaft nicht verwertet, nicht benutzt, nicht abgefordert werden können. Die gelegentlich nur einem Einzelnen in seinen Bestrebungen nutzen, die auch von gewissen ökonomischen Wertungen in der Hand des Einzelnen, in der Praxis des Einzelnen

bestimmt sind. Deswegen würde ich es vorziehen, zu sagen, wir erbringen Leistungen, Dienstleistungen zumal gegen Entgelt, ohne dabei den gesellschaftlichen Bezug aus den Augen zu verlieren, aber auch nicht ihn über zu betonen.

Die Materialisierung unseres Denkens, die Verkürzung von Gesellschaft und Politik auf Eurobeträge, ist zu beklagen, muss aber von uns als Wirklichkeit anerkannt werden. Ob wir das alles hinnehmen, gar beschleunigend mitmachen müssen, stelle ich aber ausdrücklich in Frage.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

was gibt es von dieser Systemanalyse ausgehend, von dieser Aufzählung argumentierend an Konkretisierungen und Möglichkeiten, sich zu wehren zum Guten, vielleicht gar zu den guten alten Zeiten zurückzukehren?

In unserer Einladung, die mich wie ein roter Faden begleitet, ist von Europa, auch den europäischen Richtlinien, die Rede. Sind die sozusagen der Todesstoß oder bieten sie einen Ansatz zur Hilfe und Rettung für die Freien Berufe, die freie Gesellschaft? Ist gar europäischen Denkschulen und Verfassungsprozessen die Anleitung zur besseren Gesellschaft, die Wiederbelebung klassischer Werte inhärent? Für die abgelehnte Verfassung wird man dies für einige klassische Werte bejahen können – wenn auch einiges vermisst wird.

Die europäische Dienstleistungsrichtlinie richtet sich vornehmlich an nationale Regierungen und da wiederum an die für die Gestaltung von Märkten Zuständigen. Hier fühlt man sich vornehmlich dem Wettbewerb, dem Gedanken den Wettbewerb über den Preis auszutragen verpflichtet. Also kein sehr hilfreiches Instrument zur Belebung von Selbstverständnis und Werteorientierung.

Die Dienstleistungsrichtlinie ist aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Zusammenhang mit der Diplomanerkennungsrichtlinie zu

sehen. Dort finden Sie persönliche Qualitäten und Qualifikationen beschrieben, die Einer in einem Land wie Deutschland zur Ausübung eines Freien Berufs erfüllen muss. Gleichviel ob er zur Dauer sich niederlassen oder nur vorübergehend zu einer Leistung an die Frau und an den Mann bringen will. Das war natürlich – verzeihen Sie mir auch diesen Exkurs – nicht umsonst zu haben, das ist eine Leistung intensiver Diskussion, das ist ein Ergebnis im wohlverstandenen Sinne positiver Lobbyarbeit, dass dieses auf europäischer Ebene erreicht werden konnte. Die Betonung des persönlichen Wissens, die persönliche Qualifikation, in Verbindung mit einigen an der Person hängenden Anforderungen, werden dem Freien Beruf weitgehend gerecht und sind ein Element eines Weges in die richtige Richtung.

In diesem Zusammenhang werden wir als BFB natürlich bei unserer Regierung, egal wer das dann sein mag, ebenso wie bei den europäischen Gremien, in diesem Fall dem Parlament, dafür werben müssen, den gesellschaftlichen Besonderheiten der Freien Berufe z. B. der Herstellung von Transparenz zum Nachweis von persönlicher Unabhängigkeit als Marktzugangsvoraussetzung sowie den Verbraucherschützenden Vorschriften über Haftung und Versicherungsschutz, entsprechenden Platz einzuräumen.

Alles andere, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, wird ebenso geregelt. Auch hier wird es in der Umsetzung auf nationaler Ebene gelten, die Dinge vor dem Hintergrund der gesellschaftspolitischen Aufgabe der Freien Berufe darzulegen.

Für den Erhalt der Glaubwürdigkeit der Freien Berufe wird es aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr notwendig sein, auch den

zweiten Schritt zu tun, nämlich in einer Doppelbewegung den eigenen Berufsträgern deutlich zu machen, dass es den Status des Freien Berufs in seiner jetzigen Ausprägung, wie ihn die Definition beschreibt mit den darin zum Ausdruck gebrachten Anforderungen, auch zu erfüllen, zu leben gilt. In einer solchen Aktivität wird es auch notwendig sein, den sogenannten Gemeinwohlbezug der Freien Berufe, den öffentlichen Entscheidungsträgern in seiner Ausprägung vorzuhalten und in den eigenen Reihen wieder einzuüben.

Schwarze Schafe, die erhöhten Erklärungsbedarf auslösen, eingeschlossen.

Anwälte, die sich als Organ der Rechtspflege verstehen, müssen sich auch so verhalten und nicht betrügen, schmuggeln oder überhöhte Rechnungen schreiben. Ärztinnen und Ärzte, die auch der Gesundheitsvorsorge für alle dienen, dürfen keine überhöhte Abrechnungen präsentieren oder sich dem Verdacht aussetzen, eher Leistungen zu erbringen, um ihr Einkommen zu steigern, als der Gesundheit der Patientinnen und Patienten und deren Versicherteninteressen zu dienen.

Der Spagat zwischen Kommerz, Kompetenz und Ethik ist in Zeiten materieller Enge zweifellos schwieriger als in Zeiten der Überschussverteilung. Gleichwohl muss er gelingen; Gleichwohl muss die Selbstverwaltung, Kammern und Verbände, hier schärfer und transparenter werden.

Der Argumentationsradius der Freien Berufe muss weiter werden, als das, rein zur Begründung materieller oder auch konkurrenzabwehrender Regelungen, bisher Vorgebrachte. Wir müssen uns unserer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst sein, wenn wir wollen, dass andere uns diese Rolle, diese Bedeutung, zubilligen und nicht versuchen, uns diese, zu wessen Lasten und Gunsten auch immer, wegzunehmen.

Was für Gründe, meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt es aber für die Gesellschaft? Wie ist die Bereitschaft, das schon eingangs angesprochene Artikelgesetz, zur Abschaffung des Freien Berufs, nicht einfach umzusetzen?

Es gibt aus meiner Sicht neben dem weiten Feld der Freiheit, des Vertrauens, der Gesellschaft, des Klimas in der Gesellschaft, auch den ganz handfesten Grund des materiellen Vorteils in einer so ökonomisierten Welt, wie sie unsere Einladung und viele Autorinnen und Autoren in dieser Zeit beklagen.

Ich möchte mich ausdrücklich nicht in den Kreis derer, die Ökonomisierung hier verteufeln wollen, einreihen, denn gerade diese zeigt deutlich, dass auch das, was wir unter Ethos und Ethik verstehen, einer richtig angestellten Kostennutzenanalyse standhält.

Wie hoch wäre denn der gesellschaftliche Zusatzaufwand? So möchte ich provozierend fragen, wenn alle Gerichte auf die Zuverlässigkeit der Zuarbeit der Organe der Rechtspflege aus der Anwaltschaft verzichten müssten und diese durch aufwändige Urkundenkontrollen und ausschweifende Ermittlungen in jedem Fall Überprüfungen und anderes anstellen müssten, mit entsprechenden Folgen für die Rechtsverfolgungs- und -wahrungskosten, vielleicht sogar negativen Folgen für den Rechtsfrieden.

Wie würde denn die Wirtschaft aussehen, wenn nicht Wirtschaftsprüfer und Steuerberater die unternehmerischen Entscheidungen betriebswirtschaftlich begleiteten, aber auch die überbordende Staatsregulierungswut im steuerlichen Bereich für die Bürgerinnen und Bürger und deren Betriebe wenigstens überlebbare gestalten würden?

Wo, meine Damen und Herren, ist zu fragen, wären wir denn, wenn man in einem in Großstrukturen organisierten Gesundheitswesen, das persönliche Engagement, die Lust zu Forschen, zu Helfen, zu Betreuen,



die Freude am medizinischen Erfolg in Tarifverträge versuchte umzusetzen und in Arbeitszeitkonten niederschriebe? Dies wäre teurer.

Wo, meine sehr geehrten Damen und Herren, wären wir, wenn nicht Architektinnen und Architekten, Ingenieure, mit den Bauherren ringen würden, um stadtbildverträgliche Lösungen, um Ästhetik und um praktische Lösungen, die aber auch das Auge noch erfreuen und damit noch Motivation für diejenigen bieten, die mit und in ihnen leben und arbeiten müssen. Hier zeigt sich, dass höhere Mieten dort erzielt werden, wo die Gebäude ästhetisch schön und anregend gestaltet, aber auch vernünftig in die Umgebung eingepasst sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch der ökonomische Aspekt trägt die besondere Rolle der Freien Berufe.

Es besteht also kein Anlass zur Zurückhaltung. Die Freien Berufe betreiben dies organisiert am liebsten. Sie begeben sich in die Defensive, um von dort aus abwehrend teilweise sogar kleinmütig, teilweise mit überbordendem Selbstbewusstsein gegen Ideen und Vorwürfe anzukämpfen.

Wir müssen uns der Identität wieder bewusst sein, im Alltag. Wir müssen uns gegenseitig daran erinnern, dass wir eine besondere Verantwortung haben und dies auch nach Außen tragen und uns nicht immer erst wieder von anderen daran erinnern lassen, auch und gerade in den Fällen, in denen es aus den eigenen Reihen heraus Schwierigkeiten gibt, die wir selbst lösen können, wenn wir den Mut dazu haben, auch wenn es unbequem ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Ökonomisierung des Denkens, die Europäisierung unserer Märkte und die Globalisierung auch unserer Gruppen sollte uns nicht davon ablenken, dass die gesamte Gesellschaft uns durch die Inanspruchnahme unserer Leistung, durch die jahrelange Treue, Zugehörigkeit zu Praxen, Kanzleien

und Büros als Kunden, Mandant und Patienten. Immer wieder wird unsere Position einräumt ohne Debatte und ohne den zweifellos vorhandenen Erosionsprozess jedes Mal neu zu reflektieren. Erkennbar wird das Problem durch den Bewusstseinsverlust in den eigenen Reihen und den Bewusstseinsverkürzungen in den Reihen öffentlicher Entscheider.

Was können wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, um in umgekehrter Reihenfolge der Problemanalyse die Lösungsvorschläge zu erörtern, als Freiberufler dazutun, die Lage zu verbessern, die Grundlage unseres Gesellschaftssystems zu stärken um unserer Verantwortung für die Gesellschaft gerecht zu werden. Damit würden wir natürlich auch die Grundlage unserer eigenen Existenz festigen – aber meine Damen und Herren, die Euro- und Dollarzeichen dürfen nicht als wesentliche Elemente unterstellbar sein.

Im Mittelpunkt unseres Bemühens nach Innen müssen die Bezüge zu unserem Kern: Vertrauen, Transparenz, Wissensvorsprung und Erhalt durch Fort- und Weiterbildung sowie selbstverwaltete Redlichkeit, stehen.

Unsere Maßstäbe müssen wir weiter entwickeln, sie der gesellschaftlichen Wirklichkeit angleichen, dann aber nach Außen als Gesetz kommunizieren.

Der Bezug zum öffentlichen Anliegen, zu unserer Bindung an das Gemeinwohl, muss im Alltag wieder sichtbar werden und mehr in das Bewusstsein aller handelnden Freiberufler rücken.

Wir müssen uns der positiven Wertschätzung unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger auf dieser Grundlage wieder bewusst werden, wieder würdig erweisen, für das Ansehen, das man uns zubilligt. Nicht umsonst

genießen die Freien Berufe – den Umfragen des Instituts nach – die höchste soziale und gesellschaftliche Anerkennung überhaupt.

An dieser Stelle rege ich deshalb an und werde dies zweifellos auch an anderer Stelle versuchen umzusetzen, einen Verhaltenskodex für alle Freien Berufe zu schaffen. Dies aber bedarf einer breiten Debatte, um Akzeptanz zu erhalten. Dies braucht Kommunikation, um Bewusstsein bei den Kolleginnen und Kollegen zu schaffen. Dies braucht vielleicht sogar eine europäische Basis und Verbreitung.

Nun mögen Manche denken, ein alter Hut.

Manchmal, meine sehr geehrten Damen und Herren – und dies schöpfe ich aus der langjährigen Erfahrung als Interessenvertreter, Selbstverwalter und Verbandsrepräsentant – muss man auch das Richtige noch einmal neu erfinden, neu wachsen lassen, in einem durchaus schmerzhaften Prozess, um ihm Wirkung zu geben.

Das Wiederbeleben schon vorhandener Strukturen reicht da nicht, selbst wenn sich nicht so Vieles verändert.

Diesen Zukunftsauftrag müssen wir ernst nehmen. An diesen Zukunftsauftrag müssen wir auch selbst glauben und nicht ihn durch Defätismus, Attentismus oder auch bloße Gleichgültigkeit torpedieren.

Nur wenn Viele mitmachen und die Mehrheit, die überwältigende Mehrheit, dieses trägt, wird der gesellschaftspolitische Diskurs in Ansehen, in Aktivität, sich umsetzen lassen und dann auch uns wieder die Akzeptanz im Rahmen gesellschaftspolitischer Prozesse bringen, die einer geistigen Elite Wertschätzung gibt.

Im Unterschied zur früheren Ständegesellschaft muss man sich dies allerdings durch Leistung immer wieder bestätigen und erarbeiten. Eine leistungsgerechte Honorierung führt zu einer notwendigen gesunden wirtschaftlichen Basis und ist grundsätzliche Voraussetzung für die Ausübung der Freien Berufe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich fasse also zusammen:

1. Die Überbetonung der materiellen Belange des Seins und Schaffens der Freiberufler hat zu einem Verlust der Einbindung in die Gesellschaft und der Akzeptanz des Ansehens und der Belange der Freien Berufe geführt.
2. Parallellaufende Materialisierung und Globalisierung der Gesellschaft und Wirtschaft, hat den Trend alles über den rein gewerblichen Preiskostenansatz betrachten zu wollen, beschleunigt.
3. Abhilfe kann nur durch Kommunikation und Darstellung gesellschaftspolitischer Zusammenhänge und Besonderheiten zunächst nach Innen, durch Schaffung eines Kodexes der Freien Berufe und dann nach Außen durch Kommunikation und Diskussion mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Deutschland, besser noch auch in Europa, erreicht werden.

Danke für Ihre Geduld!



Dr. Oesingmann



Christiane Engel, Vorstandsmitglied Bayerische Landesapothekerkammer  
Oberstapotheker Klaus Schad



Dr. Hermann Vogel, Vorsitzender des Stiftungsrates



Dr. Wolfgang Heubisch, Präsident Verband freier Berufe in Bayern e.V.